



Stenografischer Bericht

88. Sitzung

Montag, 16. Dezember 2019,

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Eröffnung	3	Dr. Andreas Schmidt (SPD).....	9
		Swen Knöchel (DIE LINKE).....	10
		Olaf Meister (GRÜNE).....	11
		Robert Farle (AfD).....	12
		Olaf Meister (GRÜNE).....	13
		Daniel Szarata (CDU).....	14
		Swen Knöchel (DIE LINKE).....	15
		Daniel Szarata (CDU).....	15
		Robert Farle (AfD).....	16
		Daniel Szarata (CDU).....	16
		Abstimmung.....	16
Tagesordnungspunkt 1			
Erste Beratung			
Entwurf des Gesetzes zur Umsetzung der Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Norddeutschen Landesbank - Girozentrale			
Gesetzentwurf Landesregierung - Drs. 7/5382			
Michael Richter (Minister der Finanzen).....	3		
Robert Farle (AfD).....	7		
Dr. Andreas Schmidt (SPD).....	8		
Robert Farle (AfD).....	9		
		Schlussbemerkungen	17

Beginn: 12:01 Uhr.

Eröffnung

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne hiermit die 88. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der siebenten Wahlperiode und begrüße Sie auf das Herzlichste. Ich hoffe, dass Sie Ihren großen Redebedarf mittlerweile gestillt haben und wir in Ruhe mit unserer Sitzung beginnen können.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Zur Abwesenheit von Mitgliedern der Landesregierung kann ich Ihnen Folgendes mitteilen: Zur Sitzung des Ältestenrates lagen noch keine Entschuldigungen vor. Aber inzwischen hat Herr Minister Webel mitgeteilt, am heutigen Tage bis 13 Uhr wegen seiner langfristig festgelegten Teilnahme an der feierlichen Verkehrsfreigabe der B 91 - Ortsumfahrung Theißen - gemeinsam mit dem BMVI verhindert zu sein.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Tagesordnung für die 42. Sitzungsperiode des Landtages liegt Ihnen vor.

Ich habe mit der Unterrichtung in Drs. 7/5347 zum heutigen Tage auf Verlangen der Landesregierung die zusätzliche Sitzung einberufen, um noch in dieser Sitzungsperiode die abschließende Beratung des Gesetzes zur Umsetzung der Neuordnung der Rechtsverhältnisse der NordLB zu ermöglichen. Daher werden wir uns heute ausschließlich mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfes befassen. Die Landesverfassung sieht in Artikel 77 vor, dass bei Gesetzen zwischen erster und zweiter Beratung mindestens zwei Tage liegen müssen. Daher können und wollen wir dann am Donnerstag die zweite Beratung des Gesetzentwurfes durchführen.

Gibt es zur Tagesordnung aus Ihrer Sicht noch Anmerkungen oder Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Zum zeitlichen Ablauf der 42. Sitzungsperiode: Die morgige 89. Sitzung des Landtages beginnt um 11 Uhr, die 90. Sitzung um 9 Uhr und die darauf folgende 91. Sitzung am Donnerstag um 10 Uhr.

Wir steigen nunmehr in die Tagesordnung ein und kommen zu dem heute einzigen Tagesordnungspunkt, dem

Tagesordnungspunkt 1

Erste Beratung

Entwurf des Gesetzes zur Umsetzung der Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Norddeutschen Landesbank - Girozentrale

Gesetzentwurf Landesregierung - Drs. 7/5382

Einbringer des Gesetzentwurfs ist Herr Minister Richter. Sie haben das Wort, Herr Minister.

Michael Richter (Minister der Finanzen):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich inhaltlich auf den Gesetzentwurf eingehe, möchte ich mich zunächst recht herzlich bei Ihnen für die Terminierung dieser heutigen Sondersitzung des Landtages bedanken. Nur so kann der Vollzug der geplanten Kapitalmaßnahmen noch in diesem Jahr zeitlich sichergestellt werden.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinweisen, dass die zeitlichen Zwänge, die sich für das parlamentarische Verfahren nun ergeben, nicht durch das Agieren der Landesregierung Sachsen-Anhalts zu vertreten sind.

In den letzten sechs Monaten handelten die Vertragsparteien mit der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank intensiv die Details des gesamten Maßnahmenpaketes aus. Diese Verhandlungen zogen sich bis Mitte November hin. Ein früherer Beginn des Gesetzgebungsverfahrens war mithin nicht möglich. Der Finanzausschuss des Landtages wurde meinerseits jedoch fortlaufend über den aktuellen Verfahrensstand informiert.

Neben acht Befassungen im Rahmen der normalen Sitzungen des Ausschusses für Finanzen fanden insgesamt vier Sondersitzungen zum Themenkomplex NordLB in den letzten anderthalb Jahren statt. Im Rahmen dieser Sitzungen wurden die Details der Kapitalmaßnahmen vorgestellt und beraten.

Im Mai 2019 wurde dem Parlament der heute zur Beschlussfassung vorliegende Staatsvertrag gemäß der Landtagsinformationsvereinbarung vorab zur Kenntnis gegeben.

Dieser inhaltlich unveränderte Staatsvertrag wurde nunmehr am 6. Dezember 2019, also einen Tag nach der Genehmigung der Kapitalmaßnahme durch die EU-Kommission, durch den Finanzminister und die Finanzminister der beiden anderen Länder, somit der drei beteiligten Länder, beschlossen.

Meine Damen und Herren! Der Abschluss des Staatsvertrages ist notwendig gewesen, um den Stützungseinrichtungen der Sparkassen und der Landesbanken die Möglichkeit zu eröffnen, Träger der Bank zu werden. Erst mit der Trägerstellung können diese entsprechendes Stützungskapital in die Bank einzahlen.

Lassen Sie mich noch einmal kurz die Grundzüge der Kapitalmaßnahmen vorstellen: Die Alt- und Neuträger der Bank beabsichtigen, Maßnahmen zur Kapitalstärkung mit einem Gesamtvolumen von insgesamt rund 3,6 Milliarden € umzusetzen.

Einerseits sollen von den Alt- und Neuträgern der Bank Barkapitalbeiträge mit einem Volumen von rund 2,8 Milliarden € geleistet werden. Sachsen-Anhalt wird davon rund 200 Millionen € übernehmen. Das Land Niedersachsen übernimmt rund 1,5 Milliarden €, die Sparkassenverbände Niedersachsens, Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsen-Anhalts sowie der Stützungsfonds der Sparkassen und Landesbanken zusammen rund 1,1 Milliarden €.

Andererseits übernimmt das Land Niedersachsen über die Barkapitaleinzahlung hinaus drei Finanzgarantien im Bereich der Schiffs- und Flugzeugfinanzierung sowie im Bereich der Gesundheitsbeihilfeverpflichtungen der Bank. Zudem nimmt das Land Niedersachsen Beteiligungsankäufe vor, nämlich die Lotto-Toto-GmbH Niedersachsen und die Porzellanmanufaktur Fürstenberg.

Die Kapitalauswirkung für diese genannten Maßnahmen beträgt rund 800 Millionen €. Die NordLB selbst wird im Zuge der Umsetzung der Kapitalmaßnahmen stark umstrukturiert. So reduziert sich die Bilanzsumme von heute rund 150 Milliarden € auf zukünftig rund 100 Milliarden €, also um ca. ein Drittel.

Das Geschäftsmodell wird angepasst, die Schiffsportfolien, die ursächlich für die Krise der Bank waren, werden vollumfänglich abgebaut. Ein Großteil des Abbaus ist bereits vollzogen bzw. wird nach der Kapitalzufuhr vollzogen.

Diese wesentlichen Eckpunkte der Kapitalmaßnahmen wurden mit der Bankenaufsicht und der EU-Kommission, wie bereits dargestellt, in den letzten Monaten im Detail abgestimmt. Am 5. Dezember 2019 entschied die EU-Kommission, dass das Maßnahmenpaket marktüblichen Bedingungen entspricht. Diese Maßnahmen stellen mithin keine staatliche Beihilfe im Sinne der EU-Vorschriften dar. Mit dieser Genehmigung durch die EU-Kommission war eine große Hürde zur Umsetzung der Maßnahmen genommen.

Meine Damen und Herren! Bevor ich auf die weiteren zeitlichen Schritte eingehe, möchte ich Ihnen nochmals die entscheidenden Beweggründe

darlegen, warum die Landesregierung sich letztlich für eine Beteiligung an den Kapitalmaßnahmen ausgesprochen hat.

Würden wir nicht helfen, sähe das Alternativszenario wie folgt aus: Bei einer Ablehnung der Beteiligung des Landes an den Kapitalmaßnahmen wäre das gesamte Rettungspaket mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zustande gekommen, da insbesondere die Stützungsfonds der Sparkassen und Landesbanken eine aktive Beteiligung aller Altträger der Bank, also auch des Landes Sachsen-Anhalt, in ihrem Satzungswerk als Grundbedingung für ein helfendes Einschreiten vorgehen haben.

Bei einem Scheitern der Rekapitalisierung müsste die Bank aufgrund der bereits bestehenden Unterkapitalisierung abgewickelt werden. Die Bankenaufsicht würde ein sogenanntes BaFin-Verfahren durchführen. Dies bedeutet, dass ein Großteil der Gläubiger der NordLB ihre Forderungen gegen die Bank hätten abschreiben müssen.

Aufgrund der bundesweit verbreiteten Verbundgeschäfte, die Sparkassen und Landesbanken miteinander tätigen, wären bei diesem Verfahren bundesweit Sparkassen - so natürlich auch die Sparkassen in Sachsen-Anhalt - und Landesbanken massiv betroffen gewesen. Durch eine Abwicklung der NordLB wären weitere Banken aus dem Sparkassen- und Landesbankenlager in bilanzielle Schieflage geraten. Eine nicht steuerbare Abwärtsspirale mit signifikant negativen Folgen für Kunden von Sparkassen und Landesbanken wäre die Folge gewesen.

Dies galt und gilt es auch mit Blick auf Hunderttausende Menschen in Sachsen-Anhalt zu verhindern, die über ihre Konten bei den Sparkassen verfügen, ganz davon abgesehen, welche wichtige gesellschaftsrechtliche Rolle die Sparkassen in den Landkreisen über das reine Finanzgeschäft hinaus haben.

Darüber hinaus wäre auch das Land selbst im Falle einer Abwicklung negativ betroffen, da ein Teil der Verbindlichkeiten der Banken landesseitig über die Regelungen der Gewährträgerhaftung hätte übernommen werden müssen.

In einer Worst-Case-Betrachtung wären auf das Land Zahlungsverpflichtungen in Höhe von mindestens 100 Millionen € für bestehende Altverbindlichkeiten und Personenverpflichtungen der Bank zugekommen.

Neben diesen direkten Zahlungsverpflichtungen des Landes hätte eine Abwicklung der Bank auch signifikante Auswirkungen auf das Fördergeschäft des Landes gehabt, da die Investitionsbank des Landes nicht über eine eigene Banklizenz verfügt, sondern die Lizenz der NordLB nutzt. Die Hand-

lungsfähigkeit der Investitionsbank wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit im Falle einer Abwicklung massiv eingeschränkt gewesen. Auch dies hat die Landesregierung bei der Entscheidung, ob sich das Land an einer Kapitalstärkungsmaßnahme beteiligen wird, berücksichtigt.

Ich bitte Sie alle, auch diejenigen, die sich mit einer Bankenrettung schwertun, das eben Gesagte nicht zu verschweigen; denn natürlich kann man mal schnell sagen: Für eine Bank ist Geld da, für andere Maßnahmen nicht.

(Beifall bei der AfD)

Selbst dann, wenn man diese Bankenrettung nicht will, müssen unseren Bürgern die von mir beschriebenen Gründe, warum wir die NordLB jetzt finanziell unterstützen, mit allen Konsequenzen deutlich gemacht werden. Wir tun dies nämlich nicht aus Nächstenliebe zu Banken, wir tun dies aus Verantwortung für die öffentlich-rechtliche Bankenlandschaft mit unseren Sparkassen.

(Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE)

Auch da geht es um Menschen, die ihr Geld bei den Sparkassen gut geschützt wissen wollen.

Meine Damen und Herren! Um zu große Abhängigkeiten von der NordLB in Zukunft zu vermeiden, hat sich das Land nunmehr vertraglich eine Option zum Herauslösen der Investitionsbank und eine Option zugunsten des Landes für die Veräußerung der Kapitalanteile an der NordLB zu marktgerechten Konditionen nach dem Ende der Stützungsmaßnahme an einen oder mehrere andere Träger der NordLB zusichern lassen.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Richtig!)

Zudem wurde vertraglich vereinbart, dass nach dem Ende der Stützungsmaßnahmen und dem dann möglichen Ausscheiden der Stützungsfonds für die Altträger der Bank und damit auch für das Land Sachsen-Anhalt keine zusätzlichen finanziellen Verpflichtungen entstehen werden. Ich denke, mit diesem Verhandlungsergebnis können wir zufrieden sein.

Meine Damen und Herren! Inhaltlich schafft der Ihnen vorliegende Gesetzentwurf die haushaltsrechtliche Grundlage für die Zahlung des vom Land Sachsen-Anhalt zu leistenden Kapitalbeitrages.

Der weitere zeitliche Ablauf sieht wie folgt aus: Direkt im Anschluss an diese Sondersitzung des Landtages wird der Gesetzentwurf im Finanzausschuss beraten. Dort wird eine Beschlussempfehlung erarbeitet und an die Mitglieder des Landtages verteilt werden.

Am 19. Dezember sollen die zweite Lesung des Landtages und die finale Beschlussfassung erfol-

gen. Taggleich werden die Gegenzeichnung der Urschrift des Zustimmungsgesetzes durch den Ministerpräsidenten und durch mich selbst sowie die Ausfertigung durch die Landtagspräsidentin erfolgen. Am 20. Dezember würde das Zustimmungsgesetz dann verkündigt werden. Am Samstag, den 21. Dezember, würden das Gesetz in Kraft treten und die Ratifizierungsurkunde zum Staatsvertrag durch den Ministerpräsidenten unterschrieben und bei der Staatskanzlei des Landes Niedersachsen hinterlegt werden. Damit würde der Staatsvertrag offiziell in Kraft treten.

Das Inkrafttreten des Staatsvertrages ist eine entscheidende Vollzugsbedingung für die Umsetzung der gesamten Kapitalmaßnahme. Erst wenn dies geschehen ist, können alle am Verfahren beteiligten Vertragsparteien ihre Kapitalbeiträge leisten. Die Zahlung des Kapitalbeitrages ist derzeit für den 23. Dezember vorgesehen.

Meine Damen und Herren! Soweit Sie Fragen zum Verfahren haben sollten, bin ich gern bereit, diese entweder im Rahmen der Lesung oder der folgenden Ausschussberatungen zu beantworten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister Richter. Es gibt eine Wortmeldung. - Der Abg. Herr Roi hat das Wort. - Herr Lange auch, okay. Also erst Herr Roi und dann Herr Lange. - Bitte, Herr Roi.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Minister, Sie haben gerade gesagt, dass wir auch den Bürgern erklären sollen, welches die Hintergründe sind und warum sich insbesondere die Sparkassen beteiligen müssen. Ich würde das als Abgeordneter gerne machen. Daher bitte ich Sie, mir zu helfen.

Wir haben nun gehört, dass der Milliardenverlust bei der NordLB aufgrund der Schiffsfinanzierung und die höheren Anforderungen der Bankenaufsicht dazu führen, dass 3,6 Milliarden € zur Rettung benötigt werden. Die Landesregierung hat 200 Milliarden € zugesagt. 60 Millionen € sollen von den Sparkassen des Landes kommen.

Meine Frage ist: Können Sie uns sagen, welche Kreissparkasse welche Höhe hierbei übernehmen muss und was das für den einzelnen Bürger bedeutet, der Kunde bei der Sparkasse ist? - Denn wenn wir das den Bürgern erklären sollen, dann müssen wir auch wissen, was der einzelne Bürger, der Kunde bei unseren Sparkassen ist, zu tragen hat. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister Richter, Sie haben das Wort.

Michael Richter (Minister der Finanzen):

Die Einzelbeträge bei den Sparkassen kann ich Ihnen nicht nennen; das müsste ich nachliefern. Insgesamt handelt es sich um den Betrag, den Sie genannt haben.

Unseren Bürgern müsste man klarmachen, dass die Sparkassen dann, wenn wir die Kapitalmaßnahmen nicht tätigen, ins Schleudern geraten würden, dass die Anlagen dann insgesamt unsicher sein würden und die eine oder andere Sparkasse das Problem hätte, deshalb vielleicht nicht mehr überleben zu können.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Eine Nachfrage? - Bitte, ja.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank. - Ich habe eine Nachfrage. Wir konnten der Landespresse zudem entnehmen, dass die VGH-Versicherungsgruppe in Hannover von den sachsen-anhaltischen Sparkassen die Anteile der ÖSA übernehmen will. Dazu haben Sie jetzt nichts gesagt. Die ÖSA ist die einzige öffentlich-rechtliche Versicherung mit Sitz in Sachsen-Anhalt. Viele Kommunen und Bürger haben insgesamt über eine Million Verträge bei der ÖSA. Daher meine Frage: Wie steht die Landesregierung zum geplanten Verkauf dieser Anteile bzw. was genau verbessert sich für die Kunden der ÖSA? - Das wurde ja als Grund genannt. Und kann die Landesregierung zusagen, dass sich die Konditionen für aufgelegte Feuerwehrenten von Tausenden von Kameraden durch den Verkauf nicht verschlechtern? - Danke.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister Richter, bitte.

Michael Richter (Minister der Finanzen):

Die Überlegungen der Sparkassen, die ÖSA jetzt zu verkaufen, hängt damit zusammen, dass die ÖSA insgesamt, bezogen auf ihr Portfolio, sehr klein war und die Refinanzierung für die Versicherung, gerade jetzt im Bereich der verschiedenen Naturkatastrophen, so kritisch war, dass die Beiträge hätten hochgehen müssen. Nach all dem, was wir sehen, sind tatsächlich die Verträge so geschlossen worden, dass der Bürger in Sachsen-Anhalt kein Problem damit haben darf, dass jetzt nicht mehr die ÖSA, sondern eine andere Gruppe die Anteile übernommen hat.

Inwieweit letztlich Versicherungsbeiträge konstant bleiben, hängt sicherlich nicht mit dem Verkauf

der ÖSA zusammen, sondern wird auch andere Faktoren haben, sodass ich sicherlich nicht die Garantie dafür geben kann, dass es in den nächsten Jahren nicht zu Erhöhungen bei den Beiträgen kommen wird. Beitragserhöhungen würden aber zumindest nicht mit dem Verkauf der ÖSA in Zusammenhang stehen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister. - Herr Abg. Lange, Sie haben jetzt das Wort. Bitte.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Die Genehmigung durch die EU ist jetzt unwiderruflich gewährleistet. Das haben Sie, glaube ich, auch ausgeführt. - Ja. Dann habe ich das richtig gehört.

Ich habe aber noch eine Frage zur Zusammensetzung des Aufsichtsrates. Ist bei dem hohen Anteil, den auch der Sparkassen-Beteiligungsverband leisten muss, gewährleistet, dass der Sparkassen-Beteiligungsverband dauerhaft mit Sitz und Stimme im Aufsichtsrat anwesend sein kann?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister, bitte.

Michael Richter (Minister der Finanzen):

Herr Lange, noch einmal die Bestätigung: Ich hätte den Staatsvertrag nicht unterschrieben, wenn die Genehmigung der Kommission nicht vorgelegen hätte. Das habe ich auch immer gesagt. Es ist gesichert, dass unsere Sparkassen ein Aufsichtsratsmandat haben. Es gab noch eine Diskussion darüber, ob Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls ein entsprechendes Aufsichtsratsmandat hat. Dies ist der Fall, sodass auch von daher keine Hinderungsgründe bestehen, jetzt das gesamte Verfahren zum Abschluss zu bringen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Es gibt eine weitere Wortmeldung. - Bitte, Herr Abg. Olenicak, Sie haben das Wort.

Volker Olenicak (AfD):

Sehr geehrter Herr Minister, Sie sagten, wir sollen den Bürgern auf der Straße erklären - und die fragen auch danach -, wieso die NordLB gerettet werden muss. Meine Frage lautet: Gibt es denn Verantwortliche für dieses Finanzdesaster? Und werden Schritte eingeleitet, dass sich so etwas nicht wiederholen kann? - Denn das ist das, was den Bürger interessiert, weil die Argumentation vorherrscht, dass Verluste sozialisiert werden und Gewinne privatisiert werden, was immer am Bürger vorbei geht. - Vielen Dank.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister, bitte.

Michael Richter (Minister der Finanzen):

Was die Zukunft betrifft, werden Sie aufgrund der Zusammensetzung des Aufsichtsrates, insbesondere auch aufgrund der des DSGVO, also des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, und auch weiterer Mitglieder des Aufsichtsrates davon ausgehen können, dass man sehr wohl darauf achtet, dass so etwas nicht noch einmal vorkommt.

Ob es Konsequenzen gibt - dabei stellt sich ja immer die Frage, inwieweit man jemanden persönlich haftbar machen kann für Transaktionen, die von ihrem Ausmaß her in der Weise so nicht zu übersehen waren. Ich kann also zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sagen, ob es noch umfängliche Konsequenzen geben wird.

Die Zusammensetzung des Vorstandes wird sich verändern. Eine Personalie, die nicht verlängert werden wird, ist ja schon in der Presse bekannt geworden. Das aber, muss man deutlich sagen, hängt nicht ursächlich mit der gesamten Situation der Bank zusammen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister. Es gibt keine weiteren Fragen. - Somit können wir in die vereinbarte Debatte mit fünf Minuten Redezeit je Fraktion einsteigen. Der erste Debattenredner ist für die AfD-Fraktion der Abg. Herr Farle. Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beschäftigen uns heute ja nicht zum ersten Mal, sondern in der Gesamtkette der Ereignisse final mit dieser Bankenrettungsaktion.

Wenn man der Argumentation von Herrn Richter folgt, haben wir keine Alternative. Das haben wir seit Jahr und Tag schon öfter gehört. Damit es richtig plausibel klingt, wurde auch schön ausgemalt, was es alles gekostet hätte, in früheren Zeiten auszusteigen, so wie es uns Brandenburg vorgemacht hat, die jetzt Gott sei Dank mit Zahlungen außen vor sind, was aber bei uns angeblich nicht möglich gewesen ist.

Für die Rettung der NordLB will die Landesregierung im Jahr 2019 die geplante Schuldentilgung in Höhe von 100 Millionen € aussetzen und gleichzeitig neue Schulden in Höhe von 98 Millionen € aufnehmen.

Nach der letzten Bankenrettungsaktion sagte man den Leuten noch: Nie wieder soll eine Bank mit Steuergeldern gerettet werden.

(Beifall bei der AfD)

Der Bund der Steuerzahler schreibt dazu im aktuellen Schwarzbuch der öffentlichen Verschwendung - ich zitiere -:

„Künftige Risiken werden von den Landesregierungen nicht gesehen bzw. bewusst ausgeblendet.“

Das haben Sie uns gerade noch einmal vorgeführt, Herr Richter.

„Regiert wird nach dem Prinzip Hoffnung, Hoffnung darauf, dass es nicht so schlimm kommt.“

Den Grund für die Rettung nennt der Steuerzahlerbund auch. Ich zitiere:

„Politiker sitzen gern in Aufsichtsräten bei Landesbeteiligungen, sind aber häufig nicht in der Lage, Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen und dann auch zu verhindern.“

Sachsen-Anhalt hält gegenwärtig eine Landesbeteiligung in Höhe von 5,6 % an einer Bank, die aktuell noch einen einzigen Euro wert ist. Mit dem Geld ihrer Bürger zahlt die Landesregierung nun 198 Millionen €, um die NordLB quasi neu zu gründen.

Nach dieser NordLB-Rettung erhöht sich die Landesbeteiligung auf rund 7 %. Das heißt, wenn die NordLB das nächste Mal pleite ist, wird der Anteil für Sachsen-Anhalt entsprechend größer. Dann geht es vielleicht nicht um fast 200 Millionen €, vielleicht geht es dann um eine halbe Milliarde € oder mehr.

Die Landesregierung beteiligt sich an der Neugründung einer Bank, die in den vergangenen 20 Jahren mehrfach unter Beweis gestellt hat, dass sie nicht in der Lage ist, ein tragfähiges Geschäftsmodell zu entwickeln.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben noch nichts davon gehört, dass es ein neues Geschäftsmodell gibt, das tatsächlich zu einer profitablen Bank führen wird - und das in einer Zeit, in der immer mehr Banken in die finanzielle Schieflage geraten.

Ich frage Sie: Womit soll die Bank wirklich Geld verdienen? - Mit Zinsen geht es jedenfalls nicht. Denn wir befinden uns in einer Phase, in der unser Geldsystem derartig pervertiert wird, dass man dafür belohnt wird, Schulden aufzunehmen bis zum Get-no und man am Ende weniger Geld zurückzahlt. Aber daran verdienen ja die Banken

nichts mehr. Das heißt, wir stehen am Beginn einer riesigen Bankenkrise, in der in den nächsten Jahren sehr viele Kreditinstitute pleite gehen werden. Und wer sagt Ihnen eigentlich, dass die NordLB dann nicht wieder dabei sein wird?

Im Koalitionsvertrag der Kenia-Koalition steht geschrieben:

„In Abhängigkeit von der Konjunktur können Schwankungen bei den Einnahmen nicht ausgeschlossen werden. Deshalb werden wir in guten Zeiten Rücklagen bilden, auf die wir in schlechten Zeiten zurückgreifen können.“

Aber letztlich gilt in diesem Fall der alte Bibelspruch, den ich als Atheist auch gern einmal zitiere:

„An ihren Taten also könnt ihr die falschen Propheten erkennen.“

(Zustimmung von Volker Olenicak, AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren! Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen: Diese Bankenrettungsaktion ist in einer Zeit knapper Kassen völlig unvertretbar. Sie geht zurück auf die einsame Entscheidung des Ministerpräsidenten, der dem Ministerpräsidenten von Niedersachsen von Anfang an gefolgt ist.

Die AfD hat das von Beginn an abgelehnt und bleibt auch jetzt dabei. Bei dieser Art von Geldverschwendung, der Verschwendung von Steuermitteln, machen wir nicht mit. Wir werden auch gegen die Überweisung dieses Gesetzentwurfs stimmen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Farle. Es gibt keine Fragen. - Somit kommen wir zum nächsten Debattenredner. Für die SPD-Fraktion spricht Herr Dr. Schmidt. Sie haben das Wort. Bitte.

Dr. Andreas Schmidt (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als wir im August über die NordLB debattiert haben, habe ich gesagt: Der Erfolg habe regelmäßig viele Mütter und Väter. Der Misserfolg sei ein Waisenkind und eine solche Waise sei die NordLB, aber sie sei eben auch unser Kind, zu 5,57 %.

(Zustimmung von Frank Bommersbach, CDU)

Sie bleibt unser Kind; unser elternschaftlicher Anteil wird sogar auf knapp 7 % steigen.

Ich habe für meine Fraktion damals ausgeführt, dass wir keine Alternative zur Teilnahme an der Konsolidierung der Bank sehen. Das gilt nach wie vor.

Die katastrophalen Folgen einer Abwicklung der Bank - der Minister hat sie geschildert - drohen nach wie vor, wenn die Konsolidierung scheitern würde. Ein zweistelliger Milliardenverlust für die Trägerländer, die beteiligten Sparkassen, in der Folge ein bundesweiter Kreditstillstand gerade für den regional tätigen Mittelstand, kollabierende Sparkassen, möglicherweise das Ende des öffentlichen Bankensektors stünden im Raum.

Weil Herr Farle hier gerade so nonchalant über die kommende Bankenkrise geredet hat, will ich auch das noch sagen: Die AfD wird für diesen Weg stimmen, unheimlich viel Mittelstand, Arbeitsplätze in diesem Land zugrunde zu richten. Das wollen wir einmal festhalten.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU - Zurufe von der AfD)

Dass die Bank den Zeitraum der Vorbereitungen für die neue Eigentümerstruktur, wie sie sich in dem vorliegenden Staatsvertrag ausdrückt, überstanden hat, ist ein ziemlicher Vertrauensvorschuss. Den haben Sie sich, meine Herren von der AfD, nicht verdient. Das ist auch ein Ausweis des Vertrauens in die Trägerländer und die Sparkassenverbände. Der öffentliche Bankensektor genießt noch Vertrauen. Das ist die gute Nachricht inmitten der schlechten, über die wir heute debattieren.

Angesichts dessen, was wir bei Privatbanken an Rückzug aus der Fläche und dem Privatkundengeschäft auf der einen Seite und an Missmanagement und Marktversagen im Kreditbereich auf der anderen Seite erleben, sind öffentliche Banken notwendig und ein Stück des Erhalts des Funktionierens der Marktwirtschaft. Die öffentliche Hand ist hier in der Verantwortung. Auch das kleine Sachsen-Anhalt sollte vor dieser Verantwortung nicht weglaufen, und das wird es auch nicht tun.

Gleichwohl gelten weiterhin die drei Bedingungen, die ich im August für den Fall der NordLB nannte:

Erstens. Die neue Bank wird tatsächlich eine konsolidierte Bank, auch was die zukünftigen Geschäftsfelder betrifft.

(Zuruf von der LINKEN: Ach ja?)

Das hat sich jetzt nach langen Verhandlungen, über die wir im Finanzausschuss auch geredet haben, gezeigt. Nach allem menschlichen Ermessen sind Versicherungen für die Zukunft immer kompliziert. Und bedächtig mit dem Kopf zu wackeln löst an der Stelle auch in der Zukunft kein Problem.

Zweitens. Wir nehmen in keiner Weise am Abbau der verbliebenen Schiffskredite und den damit verbundenen Risiken teil. Das ist erreicht.

Drittens. Mittelfristig muss das Land seine Anteile abgeben und die Bank als Träger verlassen. Das steht für die kommenden Jahre aus und das werden wir nicht vergessen.

Zu alledem gehört - das will ich an dieser Stelle sagen -, dass natürlich die Frage bleibt: Wie kommt es, dass wir 198 Millionen € aufwenden können, um diese Bank zu retten in einer Situation, in der wir an ganz vielen Stellen über viel kleinere Summen im Haushalt streiten und wir Antworten geben, die so klingen, als hätten wir das Geld an anderer Stelle nicht?

Ich hatte gerade in diesen Tage wieder viele Gespräche zu diesem Problem und will zugeben: Ich persönlich kann nur sehr schwer erklären, warum wir das auf der einen Seite tun können und auf der anderen Seite zum Beispiel für die Rettung einer kommunalen Klinik, die weit mehr im Lebensalltag der Menschen vor Ort fehlte, wenn sie denn zugrunde ginge, kein Geld haben sollen. Auch das gehört zu dieser Debatte und das wird auch zu den Haushaltsberatungen gehören, mit denen wir in diesen Tagen beginnen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU - Swen Knöchel, DIE LINKE: Wer dreht denn an der schwarzen Null? Ist doch wahr!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Schmidt. Es gibt eine Wortmeldung. - Bitte, Herr Abg. Farle, Sie haben jetzt das Wort.

Robert Farle (AfD):

Ich habe keine Frage, Herr Schmidt, sondern aus meiner Sicht nur eine kleine Korrektur Ihrer Ausführungen. Ich will die Frage beantworten, wer den Mittelstand schädigt. Den Mittelstand schädigen die Parteien, die in Berlin ein Monster nach dem anderen erfinden, sodass man sich vor bürokratischem Aufwand bei Steuern, bei Kreditbeschaffungen und all diesen Dingen nicht mehr retten kann. Das schädigt den Mittelstand.

Bekanntlich ist unsere Partei ja die Partei der arbeitenden Menschen.

(Lachen bei der SPD und bei der LINKEN - Zuruf von der LINKEN: Minister Gabriel!)

- Ihr Herr Gabriel von der SPD hat doch neulich einmal festgestellt, dass die Leute die AfD wählen.

(Beifall bei der AfD)

Warum wählen sie die? - Weil wir uns für die kleinen Leute einsetzen, aber eben auch für den in seiner Existenz bedrohten Mittelstand.

Die letzte Überlegung: Wer die Gelder unseres Landes und die Gelder unserer Sparkassen für unsinnige Dinge ausgibt, wie zum Beispiel eine solche Rettung einer kaputten Bank, der hat natürlich viel zu wenig übrig für unsere Städte und Gemeinden und für die Anliegen, die die Bürger haben. Der schadet unserem Mittelstand. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Dr. Schmidt, Sie können selbstverständlich darauf reagieren. Bitte.

Dr. Andreas Schmidt (SPD):

Herr Farle, wenn ich für jeden Allgemeinplatz, den Sie hier im Laufe der Zeit in ein Mikrofon gesagt haben - so in der Art, wer denn hier den Mittelstand in Wirklichkeit schädigt, die Farleschen Märchen also -, jeweils einen Groschen gekriegt hätte, dann könnte ich mir die Bank alleine kaufen; das wäre überhaupt kein Problem.

(Lachen bei der AfD - Robert Farle, AfD: Machen Sie das! Dann sind Sie pleite!)

Dann könnte ich sie retten. Das würde mir gar nicht wehtun.

Jetzt will ich Ihnen Folgendes sagen: Wenn diese Bank ein Abwicklungsfall werden würde, dann würde entweder Ihre Kreissparkasse über Jahre hinweg in Kreditstillstand kommen, weil sie ihren Anteil an der Institutssicherung auszahlen müsste, oder sie würde die Institutssicherung verlieren, dramatisch Eigenkapital aufsatteln müssen und über Jahre hinweg auch keinen neuen Kredit vergeben können für jeden, den sie hineinnimmt.

Dann würden ihre Kunden als Wirtschaftsprüfer herumlaufen und sagen: Warum machen die das denn nicht mehr? Die bringen doch jetzt hier alles durcheinander. Die Sparkasse ist ja noch die einzige Bank, die überhaupt noch für Mittelstandskredite ansprechbar ist, wenn man nicht schon das Geld mitbringt, das man eigentlich braucht. Die würden diese Frage stellen.

Möglicherweise würden sich die Sparkassen auch aus dem Geschäft mit Lieferantenkrediten abmelden. Dann würden ganz brave, ordentliche Mittelständler aus der Umgebung des Seengebietes von einem Tag auf den anderen in Schwierigkeiten kommen und würden fragen: Wer hat das denn gemacht?

Dann würde Robert Farle nicht sagen: Ich war das. Sie würden nicht sagen: Ich habe diese

Bankenrettung verhindert, weil ich sie sinnlos fand und weil ich es überhaupt falsch fand, weil sowieso alles den Bach runtergehen wird. Sie würden vielmehr sagen: Nein, das waren die in Berlin oder die in Magdeburg. Sie würden schön um die Ecke reiten und absteigen. Sie würden niemals die Verantwortung für Ihr Tun übernehmen. Das ist aus meiner Sicht ein ganz klarer Beweis dafür, dass man Sie niemals in Verantwortung kommen lassen darf.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit hat der nächste Debattenredner, Herr Abg. Knöchel, für die Fraktion DIE LINKE das Wort. Sie haben das Wort.

Swen Knöchel (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen, meine Herren! In hektischer Betriebsamkeit, die so gar nicht zur Adventszeit passt, findet heute eine Sondersitzung des Landtages statt. Dabei wäre diese Hektik überhaupt nicht notwendig gewesen; denn der zur Entscheidung stehende Sachverhalt liegt schon lange auf dem Tisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Fraktion hat gefordert, dass die Regierung den Gesetzentwurf zur Änderung des Staatsvertrages und zur Änderung des Haushaltsgesetzes deutlich früher einbringt.

(Zuruf von der LINKEN: Ja!)

Nun werden durch das Gesetz binnen dreier Tage 198 Millionen € aus den Taschen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in die Tasche der NordLB wandern. Das ist eine Rettung in letzter Sekunde oder ein weiteres Kapitel aus dem Fortsetzungsroman, wie Bankvorstände ihre riskanten Geschäftsmodelle auf die Allgemeinheit abwälzen.

Die Dinge sind diffus, doch versuchen wir sie zu sortieren.

Ich bin seit acht Jahren Mitglied des Finanzausschusses. Eine Konstante in dieser Zeit waren immer die halbjährlichen Berichterstattungen der NordLB.

Hier erschien ein Vorstand der Bank und erzählte uns Provinzlern aus Sachsen-Anhalt einmal, was die große, weite Bankenwelt alles zu bieten hat und wie genial sich die NordLB, einem Zirkuskünstler gleich, auf dem Trapez des großen Geldes bewege. Unerwähnt ließ er dabei stets, dass sich die NordLB dabei auf ein Haftungsnetz namens Steuerzahler verließ.

Und über Schiffe konnte der Bankvorstand erzählen! Den Finanzausschussmitgliedern wurden Schiffstypen, Risikovorsorge und die Breite des Panamakanals umfassend dargestellt. Ja, auch in diesem Fall kein Zweifel: Es gab Risiken. Die hatte der Bankvorstand aber immer im Griff, so sehr im Griff, dass sich die NordLB sogar noch mehr risikobeladene Schiffsfinanzierungen in ihr Portfolio holte.

Die Pleite der Bremer Landesbank war voll von Schrottschiffen. Kein Problem. Die Aufsichtsgremien stimmten zu, vertrauten dem Bankvorstand. Kein Problem? - Sicher nicht, aber fehlendes Problembewusstsein seitens der aufsichtsführenden Minister.

Kritische Nachfragen im Finanzausschuss gab es. Doch wenn es zu kritisch wurde, berief sich der Bankvorstand auf die Geheimhaltungsverpflichtungen gegenüber seinen Aufsichtsgremien, unter anderem gegenüber dem Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt, der sich wiederum auf die ihm als Aufsichtsrat obliegende Geheimhaltungspflicht berief.

Meine Fraktion hatte davon spätestens voriges Jahr die Nase voll und verlangte vertrauliche Sitzungen, in denen der Finanzminister berichten sollte. Das hat er dann auch getan. Er berichtete, dass alles gut sei, die Lage habe man im Griff und Sachsen-Anhalt sei nicht betroffen. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass er nicht gelogen hat. Vertrauen oder, sagen wir einmal, Naivität war das prägende Merkmal der Bankenaufsicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Umso ungläubiger waren die Gesichter der Landesregierung, als der Bankvorstand Ende des vergangenen Jahres den Schalter umlegte und den Krisenmodus ausrief. Plötzlich waren die Risiken nicht mehr beherrschbar. Mit der Übernahme der Bremer Landesbank hatte sich die NordLB übernommen. Die Eigenkapitalausstattung war unzureichend. Die Bankenaufsicht hatte es festgestellt, nicht der Aufsichtsrat.

(Zuruf von der AfD: Aha!)

Ja, der damalige Finanzminister glaubte noch bis zum Frühjahr, dass das alles mit Sachsen-Anhalt nichts zu tun habe.

Der Bankvorstand verlangte plötzlich Geld und als Faustpfand und Erpressungspotenzial hielt er die Sparkassen in ganz Deutschland in seiner Hand. Deren Einlagensicherungssystem und damit die kommunalen Banken in ihrer Gesamtheit wären durch den Fall der NordLB infrage gestellt worden.

Um weiteren Schaden von den Sparkassen abzuwenden, war Handeln erforderlich. Das sieht

auch meine Fraktion so. Aus Schaden soll man ja klug werden.

Wie falsch diese alte Weisheit ist, konnte man am Agieren der Landesregierung in den letzten Monaten sehen. Der Preis war schnell bestimmt. 198 Millionen € müssen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes für die Aufsichtsmängel der Landesregierung bezahlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Worin besteht die Gegenleistung? - Der vorliegende Staatsvertrag gibt wenig Anlass zur Hoffnung, dass die Risiken beherrscht werden können. Die Bank bekommt ihr Geld, um ihre Eigenkapitalquote von 6,5 % auf 14 % zu erhöhen. Risiken und Chancen der Schiffsfinanzierungen wurden zum Ramschpreis an Cerberus verkauft oder zu minimalen Buchwerten an Niedersachsen übergeben. 3 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezahlen mit ihrem Job. Für die Entlassung dieser sollen Rückstellungen gebildet werden, die bereits im Jahr 2019 wieder zu Verlusten führen. Neues Geld, neues Glück für die Bankvorstände.

Aber was hat das mit Sachsen-Anhalt zu tun? - Wir werden künftig mit 6,98 % beteiligt sein statt mit 5,57 %. Zu sagen haben wir nichts. Niedersachsen bleibt mit einem Anteil von ca. 53 % der beherrschende Träger der Bank. Die Politik wird in Hannover gemacht. Nichts ist geändert worden an den Mechanismen, die in die Krise führen. Die neue NordLB ist die Fortsetzung der alten mit neuen Steuermitteln. Erwarten Sie bitte nicht, dass DIE LINKE dem zustimmt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir stehen zum System öffentlicher Banken. Dieses setzt aber öffentliche Kontrolle voraus.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Knöchel, Ihre Redezeit ist beendet. Bitte den letzten Satz.

(Frank Bommersbach, CDU: Och, wir wollten das noch zu Ende hören!)

Sven Knöchel (DIE LINKE):

Ich bin halt nicht der Finanzminister. - Also kurz und gut: Meine Fraktion wird nicht zustimmen, allein schon nicht wegen der Finanzierung; denn Sie wollen Schulden aufnehmen. Sie haben vorher stolz verkündet, niemals neue Schulden aufzunehmen,

(Zuruf von der AfD)

nicht für die Sanierung von Krankenhäusern, nicht für die Erhaltung von Infrastruktur, nicht zur Entschuldung von Kommunen

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Knöchel!

Sven Knöchel (DIE LINKE):

und schon gar nicht für das Bildungssystem. Erklären Sie das einmal den Menschen in unserem Land. Hierzu kann es keine Zustimmung von uns geben. Es ist bitter, festzustellen, wie wenig Sie im vergangenen Jahr gelernt haben.

(Beifall bei der LINKEN - Siegfried Borgwardt, CDU: Es geht um die Überweisung!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Knöchel. Ich sehe auch hierzu keine Fragen. - Somit kommen wir zum nächsten Debattenredner. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird der Abg. Herr Meister sprechen. Sie haben das Wort, bitte.

Olaf Meister (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute stehen wir vor der Frage, wie es mit der NordLB weitergehen soll. Die Entscheidung hat weitreichende Folgen für das Vermögen unseres Landes, aber natürlich auch für die Sparkassen in unserem Land, ja, für den öffentlich-rechtlichen Bankensektor in Deutschland insgesamt. Ich will nicht verhehlen, dass uns die anstehende Entscheidung schwerfällt.

Die Krise der NordLB hatte ihre Ursache nicht in Sachsen-Anhalt. Wir wollten und wollen eine bodenständige Bank, die ihre Aufgaben im öffentlich-rechtlichen Bankensektor erfüllt, die die Finanzierungen stemmt, die wir für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes brauchen. Die Krise hat ihre Ursache in bis ins Absurde ausgedehnten Schiffsfinanzierungen. Mit den finanziellen und wirtschaftlichen Interessen unseres Landes hatte dieser maritime Weltherrschaftsanspruch nichts mehr zu tun.

(Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Vor diesem Hintergrund bestand in meiner Fraktion, aber auch bei den Koalitionspartnern und im Finanzministerium wenig Bereitschaft dazu, die Konsequenzen der Abenteuerlust Dritter nun mit unserem Landesgeld aufzufangen. Der Landtag hat auch beschlossen - dahinter stehen wir auch weiterhin -, den Landesanteil der NordLB langfristig zu reduzieren bzw. ganz auszusteigen und ihn auf andere öffentlich-rechtliche Anteilseigner zu übertragen.

(Zuruf von der AfD)

Wir hätten uns gern auch mit der Konsequenz des Ausstiegs aus der Bank dieser Rettungsaktion entzogen. Das war das ursprüngliche Ziel. Das

heute vorliegende, uns schon länger bekannte Verhandlungsergebnis spiegelt diesen Wunsch nicht wider.

Ich habe in der Vergangenheit - sowohl hier als auch im Kabinett - deutlich kritisiert, dass wir uns an der Rettung mit einem Anteil beteiligen, der oberhalb unseres ursprünglichen Anteils liegt. Es ist schwer nachzuvollziehen, wieso wir bei einer Bank, die ihr Geschäft nur zu etwa 2 % in Sachsen-Anhalt tätigt und die weniger als 1 % ihrer Arbeitsplätze in unserem Bundesland unterhält, mit 6,9 % neu einsteigen; das kann man kritisch hinterfragen. Ich bin mit diesem Verhandlungsergebnis unzufrieden, aber das Verhandlungsergebnis ist genau so, wie es vorliegt. Eine Veränderung ist völlig unrealistisch.

Daher war und ist die Frage: Was entspricht den Interessen unseres Landes besser? Sollen wir das jetzt ablehnen und canceln oder stimmen wir zu? - Die Konsequenzen einer Ablehnung sind nur schwer vollständig zu übersehen. Dass sie dramatisch wären, ist aber ziemlich offensichtlich. Wir befürchten insbesondere eine gravierende Destabilisierung der Sparkassen in unserem Land, wobei die Folgen je nach Situation des einzelnen Instituts wohl unterschiedlich wären.

Meine Befürchtung ist, dass wir bei einem Nein zwar unser Landesvermögen zunächst vor einem Verlust von 198 Millionen € bewahren - über Gewährsträgerhaftung rede ich jetzt noch nicht -, die Sparkassen binnen Kurzem aber bei ihren jeweiligen Trägern, also den Landkreisen und kreisfreien Städten, auflaufen und frisches Geld aus den kommunalen Haushalten wollen. Wir würden das Problem - dann aber nur noch schwer beherrschbar - von der Landesebene auf die Kommunen verlagern mit Konsequenzen für Schulsanierung, Straßenbahn, Kultur und all das, was Kommunen sonst zu erfüllen haben. Das kann nicht unser Ziel sein.

Die bundesweiten Auswirkungen, die schwierigen Folgen für unsere Investitionsbank und die Tatsache, dass wir hier, anders als bei anderen Bankenrettungen in der Vergangenheit, unsere eigene öffentlich-rechtliche Bank retten, seien zumindest noch erwähnt.

In der Abwägung kommen wir um eine Zustimmung nicht herum. Insofern zeigt Kenia - ich sage das vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte über den Fortbestand der Koalition - in einer ausgesprochen unpopulären Angelegenheit im Interesse des Landes Verantwortung und Handlungsfähigkeit.

Vor dem Hintergrund des AfD-Beitrags eben und auch der Offenkundigkeit der Ernsthaftigkeit des Problems will ich sagen: Wer meint, mit rechten

Populisten könne man verantwortlich Politik machen, und darauf sehenden Auges Kurs nimmt,

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

der liegt in erschütternder Weise daneben.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD - Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Ich bitte um Überweisung des Gesetzentwurfs in den Finanzausschuss. Es ist beabsichtigt, über die Vorlage im Finanzausschuss in einer Sondersitzung im Anschluss an die Landtagssitzung zu beraten. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Meister. Es gibt eine Wortmeldung. - Herr Abg. Farle, Sie haben das Wort. Bitte.

(Volker Olenicak, AfD: Als wären wir schuld an der Misere! - Siegfried Borgwardt, CDU: Wir aber auch nicht!)

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß zwar nicht, wen Sie mit Rechtspopulisten meinen.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Da sind Sie die Einzigen, die das nicht wissen! - Olaf Meister, GRÜNE: Wer könnte das sein?)

Aber ich gehe einmal davon aus, dass Sie Menschen meinen, die das zum Ausdruck bringen, was in der Bevölkerung gewollt und diskutiert wird.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Ätzend! Anmaßend!)

Da wir rechts von Ihnen sitzen, schließe ich daraus, dass Sie vielleicht an uns gedacht haben.

Dazu möchte ich Folgendes feststellen: Wir sind selbstverständlich jederzeit bereit, in diesem Parlament jedem Schritt zuzustimmen, der vernünftig ist und den Bürgern nützt. Und wir sind selbstverständlich der Meinung, dass wir alles zurückweisen müssen, was nach unserem Dafürhalten den Menschen schadet.

Wenn man dieses Kriterium zugrunde legt, sind wir sehr wohl in der Lage, auch einmal mit anderen konstruktiven Menschen in diesem Parlament zusammenzuarbeiten. Allerdings ist die entscheidende Frage nicht, wo man hier im Saal sitzt, und auch nicht, wohin Sie gucken - wenn das dann

zufällig rechts ist -, sondern die entscheidende Frage ist immer: Was nützt dem Bürger, was nützt den Menschen dieses Landes? - Wir werden uns niemals hergeben für eine Politik, die den Menschen schadet.

(Beifall bei der AfD)

Diese Bankrettung aber schadet ihnen. - Vielen Dank.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Meister, bitte.

Olaf Meister (GRÜNE):

Herr Farle, Sie haben doch mit Ihrem eigenen Beitrag eben das Gegenteil von dem dargelegt, was Sie jetzt sagen. Es ist klar, Sie werden jetzt nicht zustimmen; das habe ich verstanden. Die Argumentation ist ja relativ platt, indem Sie sagen: Das waren die bösen Banken, die machen das alles ganz schrecklich. Dem muss man widerstehen! Der kleine Mann auf der Straße - - Das ist ja immer der Tenor, den Sie durchtragen.

(Zustimmung von Daniel Roi, AfD)

Das geht an dem Problem aber völlig vorbei. Sachsen-Anhalt hat dieses Problem nicht ausgelöst. Wir stehen vor der Situation, dass die NordLB tatsächlich auf der Kippe steht. Jetzt guckt man uns an: Wollen wir helfen oder nicht? Die Frage ist jetzt: Was passiert, wenn man was tut? Wenn man einfach sagt: Nein, das sind die Banken, da gehen wir nicht rein, wenn man also diesen grundsätzlichen Ansatz wählt, dann - so muss man sagen - kippt die jetzt halt um und dann hat das Konsequenzen. Die Konsequenzen hat der Finanzminister hier dargelegt und auch ich habe sie dargelegt. Das, finde ich, ist nicht machbar.

Man kann natürlich draußen auf der Straße mit diesem populistischen Argument kommen: Ja, den Banken gibt man Geld. Aber das hat mit dem Wohl der Leute tatsächlich nichts zu tun. Das Wohl der Menschen erfordert die andere Entscheidung.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Genau deswegen trotten wir hier jetzt gemeinsam in diese Richtung und machen das, obwohl wir alle keine Lust dazu haben. Das können Sie mir glauben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU und bei der SPD - Zurufe von der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es gibt noch eine weitere Wortmeldung.

(Unruhe)

- Ich möchte Sie kurz um Ruhe bitten! Ein Abgeordneter hat sich noch zu Wort gemeldet. - Herr Abg. Loth, bitte.

Hannes Loth (AfD):

Werter Herr Kollege Meister, ich habe zwei Fragen. Ich habe nur rudimentär im Kopf, wie ein Bankportfolio der NordLB aussieht und wie es in Zukunft aussehen wird. Meine erste Frage ist: Sind diese Beteiligungen an Flugzeuginvestments und an Hubschrauberturbinen sowie an Filmförderungskrediten eigentlich noch immer dabei? Sie haben ja Ahnung und wissen es bestimmt besser als ich. - Zu meiner zweiten Frage komme ich dann gleich.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Meister, bitte.

Olaf Meister (GRÜNE):

Ich kann Ihnen schlicht nicht sagen, wie die NordLB in Zukunft ihre Fonds strukturieren möchte.

(Robert Farle, AfD: Windmühlen! - Weitere Zurufe von der AfD)

Da bin ich gänzlich überfragt. Aber sie steht doch gar nicht vor dieser Frage. Sie machen hier gleich den Strich darunter. Das heißt, wir haben jetzt das Ergebnis, das Sie möglicherweise für die Zukunft befürchten, wenn die NordLB zukünftig nicht stabil sein sollte. Es ist die Frage, ob Sie das wollen.

(Zuruf von Tobias Rausch, AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie haben nun Gelegenheit, Ihre zweite Frage zu stellen, Herr Abg. Loth. Bitte.

Hannes Loth (AfD):

Wie oft haben wir aus Sachsen-Anhalt die NordLB eigentlich schon gerettet? Wie oft haben wir uns diese Frage schon gestellt und wie oft wollen wir das noch machen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Meister.

Olaf Meister (GRÜNE):

Das ist eine ziemlich unsinnige Frage - wenn mir diese Kritik erlaubt ist -; denn wir stehen doch jetzt vor der Situation. Es ist mir doch völlig egal, was da in der Geschichte gelaufen und was in der Zukunft sein wird.

(Lachen bei der AfD - Unruhe)

- Nein, ich muss doch jetzt diese Frage entscheiden. Ich muss jetzt sagen: Welche dieser beiden möglichen Entscheidungen ist besser für das Land?

(Zurufe von der AfD)

Diese Frage müssen Sie für sich entscheiden. Sie haben es ja auch entschieden. Ich komme zu einer anderen Entscheidung. Ich meine, unsere Entscheidung ist deutlich fundierter und wird den Interessen der Leute im Land gerecht, auch wenn man das auf dem Marktplatz viel, viel schwerer erklären kann, weil man dabei wirklich ins Detail gehen muss.

(Zurufe von der AfD)

Das ist nicht populistisch, aber halt realistisch.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Zuruf von der AfD: Geschichte ist egal!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Meister. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Szarata. Sie haben jetzt das Wort, Herr Abgeordneter.

Daniel Szarata (CDU):

Danke, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben wohl kaum ein Thema im Landtag oder in den Gremien so umfassend und auch so oft diskutiert wie die Rettungsmaßnahme für die NordLB. Der Minister führte dazu bereits aus. Ich persönlich habe das Gefühl, dass eigentlich nahezu das ganze Haus der Auffassung ist, dass es nicht schön, aber eben doch notwendig ist, die NordLB zu retten. Das können nicht alle zugeben, vor allen Dingen nicht die Opposition, wengleich ich Sie, Herr Knöchel, und Ihre LINKE eigentlich immer als die Schuldenkönige schlechthin erlebt habe.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der LINKEN)

Und heute ist es auf einmal ein Problem, für einen Sonderfall Schulden aufzunehmen. Das finde ich schon interessant.

Aber auch in den Reihen der Koalition glaubt man vielleicht, dass die Rettung der NordLB noch irgendwo Verhandlungsmasse birgt zugunsten anderer, noch strittiger Projekte. Aber diese vermutete Verhandlungsmasse würde erdrückend auf den Schultern des Mittelstandes und der Sparrer in Sachsen-Anhalt liegen. Daher, denke ich, sind wir uns letztlich doch einig, dass wir, so schwer es uns auch fällt, an der Rettung nicht

vorbeikommen, und das eben nicht nur - jetzt kann die AfD auch noch einmal zuhören -, weil Eigentum verpflichtet, sondern weil die möglichen Konsequenzen - darauf sind meine Vorredner eingegangen - einer Nichtrettung weit schlimmere wären, als diese 198 Millionen € jetzt auf den Tisch zu legen.

Mögliche Folgen habe ich in meinen Reden zu diesem Thema schon beschrieben. Da wäre zum Ersten eine nicht zu vernachlässigende Beziehung zwischen der NordLB und unseren Sparkassen. Des Weiteren hält die NordLB auch 3,3 Milliarden Kundenkredite in Sachsen-Anhalt. Und ihre Abwicklung würde - der Finanzminister ging darauf ein - unweigerlich zum Verzehr der Einlagen unserer Sparkassen führen. Von wem stammen diese Einlagen, Herr Farle? - Vom Mittelstand, den kleinen und mittleren Unternehmen, die nicht nur unsere Wirtschaft am Laufen halten, sondern die ihr Geld auch bei unseren Sparkassen haben und Löhne und Gehälter davon zahlen, also von den Einwohnern unseres Landes, die Sie angeblich auch vertreten wollen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wer nun sagt, mit Mittelständlern und deren Angestellten habe ich nichts am Hut - was ich ehrlicherweise für bedenklich halten würde, wenn man hier im Landtag sitzt -, der kann sich gern den Kopf über die wegfallende Institutssicherung zerbrechen oder über die Zukunft unserer Investitionsbank oder vielleicht das Ende des öffentlichen Bankensystems, wie es Herr Schmidt beschrieben hat.

Wem das alles nicht reicht, der kann mit offenen Augen durch seinen Wahlkreis gehen und sich über das Engagement regionaler Sparkassen im Sport, in der Kultur und im Allgemeinen im Ehrenamt informieren. Wir als Land dürfen uns der Verantwortung gegenüber unseren Bürgern nicht entziehen. Auch die anderen Länder und die Sparkassen tun dies nicht.

Daher bitte auch ich um Überweisung und will Ihnen nicht noch mehr Zeit bei diesem viel diskutierten Thema stehlen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Ich kann es Ihnen nicht ersparen; aber wir haben drei Wortmeldungen.

Daniel Szarata (CDU):

Drei? Das war doch so eine nette Rede. Und trotzdem?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ja. - Herr Abg. Knöchel als Erster, dann Herr Jan Wenzel Schmidt und dann Herr Farle. - Bitte Herr Knöchel.

Swen Knöchel (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Eine Richtigstellung bzw. Kurzintervention. - Unser sehr, sehr junger Kollege Szarata hat zu sagen versucht, dass die LINKEN die Schuldenkönige seien. Herr Szarata, Sie wissen es sicherlich nicht, aber der größte Teil der Schulden in diesem Land ist unter CDU-Herrschaft entstanden. Es waren CDU-Regierungen, die dieses Land in diese Verschuldung getrieben haben. Punkt! Wenn Sie das nicht glauben, dann rechnen wir es nachher gemeinsam aus.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Meine Kritik richtete sich doch gar nicht dagegen, dass es Schulden gibt. Schulden für Investitionen sind ganz gut. Aber wir investieren nicht in Krankenhäuser, wir investieren nicht in die Infrastruktur.

(Matthias Büttner, AfD: Das stimmt!)

Die Schuldenquote des Landes Sachsen-Anhalt, also das Delta zwischen Wollen und Können, ist seit Jahren riesengroß. Das Land hat keine Kredite aufgenommen, obwohl wir bei Krankenhäusern einen Investitionsstau von 1 Milliarde € haben. Da sind Sie nicht auf die Idee gekommen, einen Kredit aufzunehmen. Aber wenn es um eine Bank geht, dann geht die CDU immer gerne in die Vollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Szarata, Sie dürfen darauf erwidern.

Daniel Szarata (CDU):

Herr Knöchel, vielen Dank dafür. Auch wenn ich noch nicht so lange im Parlament bin, ist es mir grundsätzlich nicht entgangen, unter welchen Farben die Vorgängerregierungen standen.

(Swen Knöchel, DIE LINKE: Na prima!)

Aber ich will Ihnen Folgendes sagen: Erstens. Wir gehen nicht gern in die Vollen.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Das kann man so nicht sagen! - Swen Knöchel, DIE LINKE: Nicht, wenn es um Bildung geht!)

Zweitens. Wenn es um eine Bank geht, dann geht es auch immer um die Bürger. Das vernachlässigen Sie. Denn wenn Sie „Kapital“ hören, dann malen sie sofort den Teufel an die Wand, dann ist alles schlecht, egal worum es geht. Bei dieser

Bank - ich glaube, das haben alle Redner hier auch deutlich gemacht - geht es nicht um die Bank als Institution, sondern es geht dabei um die Bürger Sachsen-Anhalts. Wir sind hier in einer Sondersituation,

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Das sind wir auch bei den Krankenhäusern!)

und deswegen nehmen wir die Kredite auf.

Herr Knöchel, ich will Ihnen noch etwas sagen: Der Unterschied zwischen Ihnen und uns bzw. den Vorgängerregierungen ist: Herr Knöchel, wir haben gelernt.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Kein Stück haben Sie gelernt! - Zuruf von der AfD)

Wir haben gelernt. Sie kritisieren, dass die Vorgängerregierungen Schulden aufgenommen haben. Aber wenn ich Sie jetzt höre, würden wir immer so weitermachen. Gute Konjunktur - ganz egal, wir nehmen weiter und weiter Schulden auf. Nein, das wird es mit uns nicht geben. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Swen Knöchel, DIE LINKE: Sie machen es doch gerade!)

Aber wir sind hier in einer Sondersituation und da bleibt dies nicht aus.

(Zustimmung von Frank Bommersbach, CDU - Zurufe von der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Jan Wenzel Schmidt, Sie haben jetzt die Möglichkeit, Ihre Frage zu stellen. Bitte.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Sachsen-Anhalt ist nicht das einzige Bundesland, das die NordLB retten darf. Niedersachsen rettet fleißig mit. Nun stellt sich mir eine Frage. Niedersachsen ist so schlau und holt sich die Filetstücke aus der NordLB heraus. Aber Sachsen-Anhalt als Land der Frühaufsteher macht das nicht. Warum kriegen wir keine Anteile an Beteiligungen oder kaufen der NordLB gar Immobilien ab? - Das würde mich mal interessieren.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Szarata, bitte.

Daniel Szarata (CDU):

Ich glaube, da verkennen Sie tatsächlich die Bedeutung. Wenn wir mit 53 % in der NordLB drinhängen würden, könnten wir so etwas auch machen. Aber wie Sie selbst festgestellt haben, hängen wir nur mit einem ganz kleinen Teil drin. Ich finde, es ist ein hervorragendes Verhandlungs-

ergebnis, dass wir uns insofern die Sicherungen dafür geholt haben, dass wir für zukünftige Fehler nicht wieder haftbar sind. Das ist doch der entscheidende Punkt. Ich brauche mir als Land Sachsen-Anhalt doch keine Lotto-Toto-Gesellschaft aus Niedersachsen unter den Nagel zu reißen. Bei den geringen Prozentzahlen, die wir hier haben, war das ein vernünftiges Verhandlungsergebnis.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Eine kurze Nachfrage. Bitte.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Wir brauchen natürlich keine Lotto-Toto-GmbH aus Niedersachsen. Aber wie wäre es zum Beispiel mit dem Brockenplateau oder ähnlichen Objekten, Beteiligungen, Immobilien? - Die hätte man herauskaufen können. Dann hätte man auch Gelder zur Verfügung gestellt und hätte endlich auch einmal etwas aus der Bank zurückbekommen.

Daniel Szarata (CDU):

Ich möchte Sie sehen, wenn wir jetzt sagen, wir retten die Bank und kaufen zusätzlich noch Sachen heraus, was wir uns bei unserem Haushalt gar nicht leisten können. Dann hätten Sie das wahrscheinlich auch gleich wieder kritisiert. Wir haben darüber nun lange genug diskutiert. Sie hätten tatsächlich vorher schon einmal mit solchen Ideen kommen können, dann hätten wir auch darüber diskutieren können.

(Jan Wenzel Schmidt, AfD: Schauen Sie sich die Kleinen Anfragen an!)

Aber bisher habe ich davon ehrlicherweise noch nichts gelesen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Bitte keine Zwiegespräche mehr, wir haben noch eine weitere Wortmeldung. - Herr Abg. Farle, bitte, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Szarata

(Matthias Büttner, AfD: Scharata!)

- oder „Scharata“.

Daniel Szarata (CDU):

Nein, „Zarata“ war schon richtig, Herr Farle, danke. Alles gut. Es ist nur der Kollege „Bittner“, der das nicht so versteht.

Robert Farle (AfD):

Okay. Ich komme dann noch einmal zu Ihnen und lasse mir genauer erklären, wie es richtig ist.

(Daniel Szarata, CDU: Kein Problem!)

- Ich will darauf jetzt nicht weiter eingehen. - Ich gebe Ihnen recht, dass die Sparkassen ihr Geld von vielen Bürgern anvertraut bekommen.

(Daniel Szarata, CDU: Das ist schon einmal gut!)

Und ich gebe Ihnen auch recht, dass es viele Mittelständler sind, die mit den Sparkassen im Gespräch und im Geschäft sind, dass dort auch viele Sponsoring-Dinge gemacht werden, die wir alle begrüßen, zum Beispiel im Sport usw.

Aber ich frage mich, ob die Sparkassen richtig handeln, wenn sie dieses Geld, das sie von den Bürgern anvertraut bekommen haben, in solche Bankenrettungen investieren, was die Gefahr mit sich bringt, dass man dieses Geld unwiederbringlich verliert. Weil dies das Problem ist, sind ja viele Menschen draußen sehr besorgt über die Frage, wie die Sparkassen ihr Geld eigentlich anlegen. Die wollen solche Anlagen nämlich gar nicht. Die wollen, dass ein solides Geschäft vor Ort durchgeführt wird. - Vielen Dank.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Szarata.

Daniel Szarata (CDU):

Herr Farle, was die Sparkassen für richtig oder falsch halten, müssen Sie die Sparkassen fragen und nicht mich. Ihre Kommentare gehen alle in die gleiche Richtung. Aber ich sage mal so: Alle, die Entscheidungen mittragen müssen, haben die Wichtigkeit dieser Entscheidungen erkannt. Ich glaube, sogar DIE LINKE hat das erkannt. Nur Sie sträuben sich dagegen, das zu verstehen. Und das ist, ehrlicherweise, schade.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Ich sehe keine weiteren Fragen.

Somit steigen wir in das Abstimmungsverfahren zu Drs. 7/5382 ein. Ich habe den Wunsch auf Überweisung in den Finanzausschuss gehört. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das sind die AfD-Fraktion und ein fraktionsloses Mitglied. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Gesetzentwurf überwiesen worden.

Schlussbemerkungen

Wir sind damit am Ende unserer heutigen Sitzung angelangt. Die morgige Sitzung wird, wie bereits bekannt gegeben worden ist, um 11 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 2 beginnen.

Der Ausschuss für Finanzen wird sich jetzt im Anschluss an die heutige Landtagssitzung im Raum A2 41 treffen.

Wir sehen uns hier morgen wieder. - Damit schließe ich die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 13:02 Uhr.

